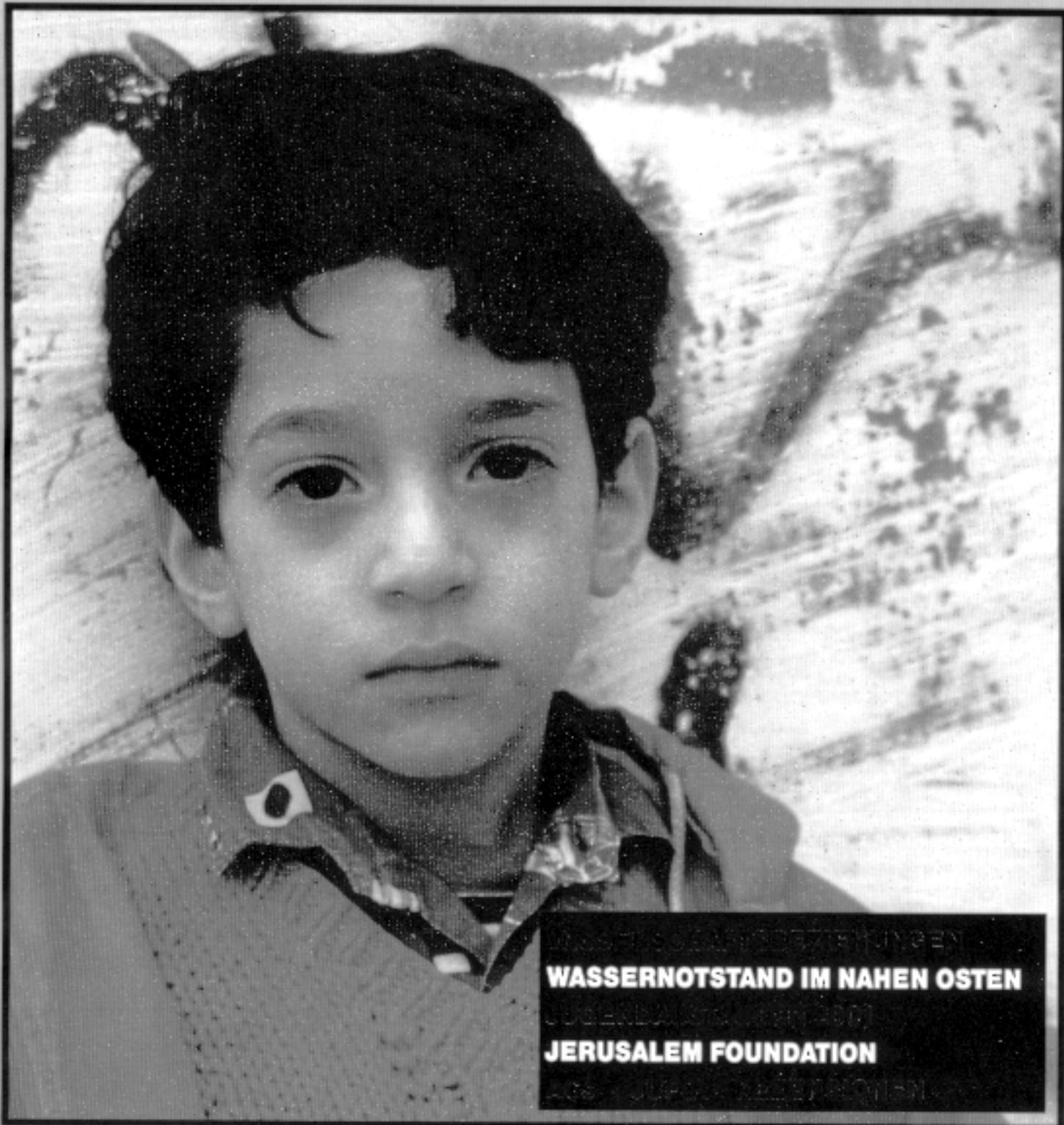


DIG MAGAZIN

ZEITSCHRIFT DER DEUTSCH-ISRAELISCHEN GESELLSCHAFT



... VERHÄLTNISSEN
WASSERNOTSTAND IM NAHEN OSTEN
...
JERUSALEM FOUNDATION
...

WASSERNOTSTAND IM NAHEN OSTEN

Niedrigste Wasserstände seit 50 Jahren

Fehlende Vereinbarungen zwischen Nachbarn

Kann Bundesregierung helfen?

Wenn in diesem Sommer die sonst gepflegten israelischen Park- und Gartenanlagen nahe dem Vertrocknen sind, so liegt es an einem Verbot der Regierung, Grünflächen im August und September zu bewässern. Mit dieser und weiteren Maßnahmen ist

die Hoffnung nach Einsparung von mindestens 25 Mio. Kubikmeter Wasser verbunden. Die Proteste seitens lokaler Verwaltungen ließen nicht lange auf sich warten. Sie forderten, die Bauern sollten stattdessen ihren Wasserverbrauch einschränken.

In der Tat leistet sich Israel eine Bewässerungslandwirtschaft, die nach Schätzungen dieses Jahr knapp 42% des nationalen Trinkwasserangebots konsumiert. Die Landwirtschaft hat aufgrund ihres ideologiegetragenen Hintergrundes des „Make the desert bloom“ eine wichtige Stellung in der israelischen Gesellschaft, auch wenn sie nur 2% zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt.

Zwar ist israelisches Know-how in der Wasser- und Agrartechnologie weltweit gefragt. Israel hat nach KKL-Informationen die weltweit höchste Nutzungsrate von recyceltem Abwasser für die Landwirtschaft. Aber nach dem trockensten Monat März seit 40 Jahren sind kurzfri-

von Sebastian Gräfe

stige Auswege aus dem jetzigen Wassernotstand nur durch drastische Einsparmaßnahmen möglich. Auf politischer Ebene erschwert aber eine komplizierte Aufgabenverteilung unter acht Ministerien und fehlende Federführung ein zügiges Krisenmanagement.

Einerseits nannte der Infrastrukturminister Lieberman dieses Frühjahr die seit den 60er Jahren übliche Subventionierung der Wasserpreise für ländliche Regionen „komplett unlogisch und ökonomisch starrköpfig“, genehmigte andererseits aber neue Brunnen. Im April verabschiedete die Regierung die Erhö-

hung der bisher zu europäischen Ländern relativ niedrigen Trinkwasserpreise um 48% für die Landwirtschaft und 67% für Stadtbewohner. Zudem will sie die Wasserquote für die Landwirtschaft um 50% kürzen.

In der Westbank trocknen inzwischen die ersten Quellen und Brunnen aus. Außerhalb der ganzjährig versorgten israelischen Siedlungen gehören Wasserabschaltungen durch Versorgungsengpässe schon lange zum Alltag. Veraltete Verteilungssysteme, die zum Teil noch aus der britischen Mandatszeit stammen, führen zusätzlich zu Wasserverlust von teilweise über 50%. In weiten Teilen des Gazastreifens kann das

Grundwasser nicht mehr als Trinkwasser genutzt werden, da durch die Übernutzung der Vorkommen die Versalzung zunimmt. Die Situation verschärft sich durch eine kaum funktionierende Abwasserreinigung. Maßnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) in diesem Bereich bedürfen zudem meist der israelischen Zustimmung.

Wasser im Nahostkonflikt

Neben Flüchtlingsrückkehr und Ost-Jerusalem sind Wasserrechte somit eines der Kernprobleme des Nahostkonfliktes. Wasser entscheidet als Lebensgrundlage über die wirtschaftliche Prosperität und den Wohlstand einer Gesellschaft. Der Zugang zu Wasser wird zum Machtfaktor. Wie weit eine israelische Regierung den Palästinensern Souveränität über die in den Palästinensischen Gebieten (PG) befindlichen Wasservorkommen zubilligt, ist untrennbar von der Gestaltung eines zukünftigen staatlichen Gebildes für die Palästinenser abhängig.

Aus israelischer Perspektive ist Wasser ein Sicherheitsfaktor. Wird das Land weiterhin lebensfähig bleiben, wenn es sich irgendwann vom Golan sowie aus der Westbank zurückzieht? Denn Israel deckt 40% seines Wasserbedarfs aus diesen Gebieten. Allein 75% des Wassers der Westbank wird im israelischen Kernland verbraucht.

Die Auseinandersetzungen um den Zugang zu Wasser in der Region reichen lange zurück. Ein erster internationaler Vermittlungsversuch war der Johnston-Plan (1955) zur Aufteilung des Jordanwassers nach Quoten unter den Anrainern. Aufgrund sicherheitsstrategischer Bedenken Israels und der Nichtanerkennung des Existenzrechtes Israels auf arabischer Seite kam es jedoch nie zur Realisierung dieses Regelwerkes.

In den darauffolgenden Jahrzehnten konnte kein von allen Konfliktparteien akzeptierter Grundkonsens geschaffen werden. Allein zwischen Israel und Jordanien kam es im Rahmen des Friedensvertrages 1994 zu bilateralen Vereinbarungen. Die palästinensische Seite fordert in diesem Streit höhere Wasserquoten und die Anerkennung ihrer Wasserrechte. Israel ist jedoch an einer Sicherung des Status quo interessiert.

Die Prinzipienklärung vom September 1993 hatte in diesem Zusammenhang vor allem institutionelle Auswirkungen. So schuf man eine allerdings nur für Verwaltungsaufgaben zuständige palästinensische Wasserbehörde und einen für Wasserfragen zuständigen bilateralen Ausschuss. Das Gaza-Jeri-



Infrastruktur-Finanzierungen für eine bessere Abwasserentsorgung bilden einen Schwerpunkt der KfW-Aktivitäten im Nahen Osten, hier in der jordanischen Stadt Irbid.

cho-Abkommen vom Mai 1994 sicherte der palästinensischen Wasserbehörde erstmals Befugnisse zur Wasserbewirtschaftung zu. Die Formulierungen blieben jedoch sehr vage. Aber mit dem Interimsabkommen vom September 1995 erkannte Israel prinzipiell palästinensische Wasserrechte an.

Jedoch beharrt Israel bis heute darauf, Wasserrechtsfragen in der letzten Phase der Verhandlungen über den endgültigen Status der PG zu klären. Diese Strategie wirkt sich natürlich auf in diesem Bereich arbeitende Gremien aus. Das Gewicht des Israeli-Palestinian Joint Water Committee ist gering, auch wenn israelische und palästinensische Vertreter im Januar an der Erez Kreuzung vor jedweder Beschädigung der Wasserinfrastruktur aufgrund ihrer Bedeutung für beide Seiten warnten. Der Erfolg der von den USA, der EU und Japan auf internationaler Ebene eingerichteten Multilateral Working Group on Water resources (MWGWR) wird ebenfalls zurückhaltend bewertet. Diese Runde zur Lösung wasserrelevanter Fragen zwischen Israel, Jordanien und der PA tagte übrigens im März 1996 auch im deutschen Boppard.

Deutschlands Beitrag

In Deutschland beschäftigt sich die Politik seit längerem mit Wasserpolitik auf globaler Ebene. Erst im Juni diesen Jahres veranstaltete die Enquete-Kommission des Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“ eine Anhörung mit internationalen Experten. Deutschland ist nach Japan seit Jahren zweitgrößter internationaler Geber im Wassersektor.

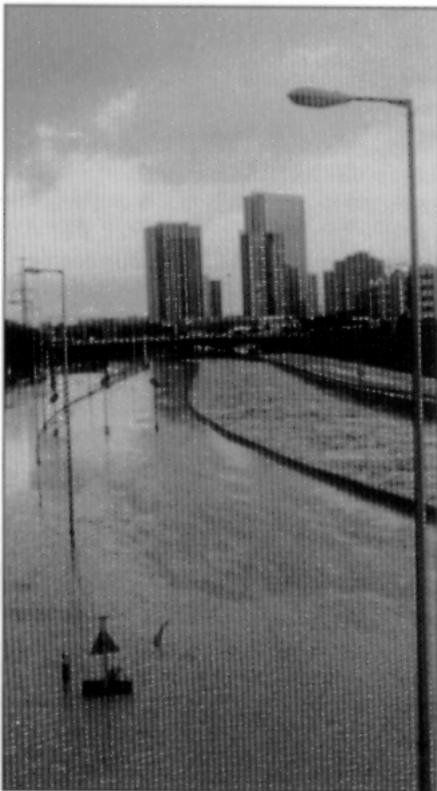
Laufende bilaterale Projekte und Programme in diesem Bereich werden mit rund 8 Mrd. DM unterstützt. Für Anfang Dezember lädt die Bundesregierung zur Internationalen Wasserkonferenz nach Bonn ein, um im Rahmen der Vorbereitung des World Summit on Sustainable Development („Rio+10“) die wasserbezogenen Themen der Agenda 21 zu erörtern.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit versucht eine integrierte Sichtweise der Wasserbewirtschaftung in den Partnerländern zu fördern und die Weiterentwicklung der öffentlichen Institutionen zu unterstützen, auch im Sinne einer betriebswirtschaftlichen Unternehmensführung. Im Nahen Osten hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) u.a. eine Regionalstudie israelischer, jordanischer und palästinensischer Fachteams unterstützt. Nun liegen gemeinsame Optionen für die regionale Sicherung von Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung vor.

Den entwicklungspolitischen Auftrag der Bundesregierung verwirklichen vor allem die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Letztere finanziert im Rahmen der „Finanziellen Zusammenarbeit“ vornehmlich Anlageinvestitionen und Sachgüter für entwicklungspolitisch förderungswürdige Maßnahmen. Diese Finanzierungszusagen machen circa ein Drittel der gesamten deutschen Entwicklungszusammenarbeit aus. Auf der Grundlage von Regierungsverhandlungen gibt es dieses Jahr aus Mitteln des Bundes auf diesem Weg für die PG 82 Mio. DM (2000: 70 Mio. DM) und für Jordanien

50 Mio. DM (2000: 60 Mio. DM). Selbst Israel erhielt im vergangenen Jahr-letztmalig - noch Finanzierungszusagen in Höhe von 10 Mio. DM.

Als bedeutendster Schwerpunkt der mit der PA 1994 begonnenen Kooperation kristallisierte sich die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung von Abwasser heraus. Im Gazastreifen bemüht sich die KfW zusammen mit der Weltbank um die Zusammenfassung der bislang zersplitterten institutionellen Zuständigkeiten in einem Verbund. Die Beteiligung des Privatsektors soll verstärkt werden. Ziel sei die Sicherstellung eines effizienten und nachhaltigen Betriebs der Anlagen.



Der letzte Winter war einer der trockensten in Israel. Regengüsse, die wie hier 1999 eine Überflutung des Ayalon Freeways in der Nähe von Tel Aviv verursachten, können das große Defizit nicht ausgleichen.

Ähnliche Bestrebungen gibt es auch für die Westbank. So übernimmt die 1996 gegründete Palestinian Water Authority (PWA) inzwischen verstärkt Regulierungs- und Kontrollaufgaben wahr. Die KfW finanziert die Abwasserentsorgung für einen Teil des Gazastreifens sowie in den Städten Al Bireh, Nablus und Tulkarem. Aufgrund der großen Trinkwasserknappheit soll zudem die Verwertung gereinigter Abwässer in der Landwirtschaft forciert werden. Darüber hinaus werden Projekte der Wasserversorgung in vier palästinensischen Städten (Jenin, Tulkarem, Hebron und Nablus) gefördert. Insgesamt werden gegenwärtig

Vorhaben im Bereich der finanziellen Zusammenarbeit in Höhe von ca. 250 Mio. DM durchgeführt. Ebenso umfangreich engagiert sich die GTZ in Form der Technischen Zusammenarbeit in Abwasserprojekten in Salfeet sowie Nablus und berät die PWA. Darüber hinaus hilft sie bei der Umsetzung einer modernen Berufsbildungsstrategie.

Die Arbeit der Deutschen bleibt von den aktuellen Ereignissen nicht unberührt. Der durch die lang andauernde Abriegelung der PG von 13% auf ca. 50% angestiegenen Arbeitslosenrate soll mit der Ausweitung von Beschäftigungsprogrammen begegnet werden. Die KfW finanziert zum Beispiel arbeitsintensive Schulbauprogramme. Allerdings sind diese von allen internationalen Gebern kurzfristig aufgestockten Mittel nur ein Tropfen auf den sprichwörtlich heißen Stein. Aufgrund der Abriegelungen gibt es zudem seit dem Frühjahr bei vielen Projekten Verzögerungen, da Material nicht mehr geliefert werden kann oder Personal an den Checkpoints festsetzt. Die zur Unterstützung der Projektträger tätigen internationalen Experten meiden aufgrund des Sicherheitsrisikos die Autonomiegebiete. Zumindest auf Projektebene wird mit verstärkter Unterstützung durch lokales Personal aber dennoch weiter zusammengearbeitet, denn der Abbruch der Beziehungen wäre ein falsches politisches Signal.

Entspannung nur langfristig

Auch wenn gegenwärtig der Fortbestand der bisherigen Vereinbarungen zwischen Israelis und Palästinensern ungewiss ist, werden die gefassten Beschlüsse irgendwann wieder aus der Schublade geholt und bilden perspektivisch die Grundlage für wieder einsetzende Verhandlungen.

In der Vergangenheit meinte man, eine gerechte Verteilung würde das Wasserproblem schon lösen. Doch Studien u.a. der Weltbank über die westlich und östlich des Jordans gelegenen Wasservorkommen führten zur Erkenntnis, dass die Wassernachfrage größer ist als das Angebot. So rechnet man angesichts des Bevölkerungswachstums und der wirtschaftlichen Entwicklung für 2040 mit einer Nachfrage von 6,5 Mrd. Kubikmetern jährlich. Die bislang genutzten Quellen können aber nur 3 Mrd. Kubikmeter liefern. So kann allein der Ansatz, die Verteilung des bestehenden Wassers gemeinsam zu regeln, keine Lösung sein. Neben einem nachhaltigen Management der bestehenden Ressourcen ist die Schaffung neuer Wasserquellen erforderlich.

Für Israel bedeutet letzteres vor allem, die Verhandlungen über Wasserimport aus der Türkei erfolgreich abzuschließen sowie den Bau von Meerwasserentsalzungsanlagen zu verstärken. So plant nach Informationen von Ha'aretz der israelische Wasserversorger Mekorot derartige Anlagen in Nizzana, Ashdod und Ashkelon. Letztere ist schon von der Regierung genehmigt, wird aber nicht vor 2004 in Betrieb sein. Aber schon erwägt das Gesundheitsministerium bei diesen Projekten ein Veto einzulegen.

Sebastian Gräfe studiert Politikwissenschaft, Volkswirtschaft und Ethnologie an der Universität Leipzig. Im Frühjahr 2001 arbeitete er in der Länderabteilung Nordafrika/Nahost der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Zwar zeigte eine von der GTZ finanzierte Studie, dass Meerwasserentsalzung relative Kostenvorteile gegenüber anderen Verfahren zur Erhöhung des Wasserangebots bietet. Bis heute sei aber die Umweltverträglichkeit solcher Anlagen gering, da das verschmutzte Abwasser im Meer verbleibe.

In den PG kommen politische Tabus hinzu: Im Gazastreifen wäre zwar Meerwasserentsalzung eine Option zur Erhöhung des Wasserangebots. Jedoch lehnt die palästinensische Seite dieses Verfahren ab, weil dadurch der Verlust von Ansprüchen auf die im Gazastreifen liegenden Wasservorkommen gegenüber den Israelis befürchtet wird.

Abgesehen von diesen Hindernissen sind große Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen notwendig, um diese Technologie gerade den weniger entwickelten und noch stärker unter Trockenheit leidenden Nachbarländern zur Verfügung zu stellen. Denn der Preis für entsalztes Wasser ist für ärmere Bevölkerungsschichten noch unerschwinglich.

Einige Experten fordern in Israel einen ökonomischen Strukturwandel - weg von der international nicht wettbewerbsfähigen intensiven Bewässerungslandwirtschaft. Die Wertschöpfung eines Kubikmeters Wassers sei in der Industrie 40mal höher als in der Landwirtschaft und schaffe zehnmal mehr Arbeitsplätze. Aber ebenso ist auch eine Bevölkerungspolitik notwendig, die dem rasanten Wachstum gerade in ärmeren Regionen entgegenwirkt. Die wichtigste Voraussetzung für die Lösung der Wasserkrise im Nahen Osten ist jedoch zunächst die grundsätzliche Dialogbereitschaft von Israelis und Palästinensern. ▼